

**Pressesprecher
Bernd Sanders**Landeshaus
24100 Kiel
Telefon 0431-988-1440
Telefax 0431-988-1444
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>
e-mail: info@cdu.ltsh.de

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 180/02 vom 25. April 2002

Werner Kalinka und Uwe Greve: Internet-Handel von Medikamenten führt zu Apotheken-Sterben

Gegen den Handel mit Medikamenten per Internet haben sich die CDU-Landtagsabgeordneten Werner Kalinka und Uwe Greve ausgesprochen. Dies werde zu einem „Apotheker-Sterben“ in Deutschland führen. Bei Öffnung des Arzneimittelhandels für das Internet oder andere Versandformen habe die „Apothek vor Ort“ in vielen Fällen langfristig keine oder nur geringe Überlebenschancen.

Kalinka, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion: „Dies kann nicht im Sinne einer wohnortnahen Versorgung der Bürger sein, bei denen auch der persönliche, vertrauensvolle Kontakt zwischen Apotheker und Patienten eine wichtige Rolle spielt. Gute Beratung, Tag- und Nachtdienst, Dienst an Sonn- und Feiertagen – dies alles ist im Sinne einer guten Gesundheitspolitik und kostet seinen Preis. Das Medikament von der Stange mag auf den ersten Blick den Eindruck für kostengünstigere Chancen erwecken. Aber alle Erfahrung zeigt: Nur auf den ersten Blick. Mehr Angebote im Internet oder durch andere Versandformen werden nach aller Lebenswahrscheinlichkeit zu einer größeren Nachfrage und insgesamt höheren Kosten im Gesundheitswesen führen. Wir erteilen der auch von der schleswig-holsteinischen Sozialministerin Moser unterstützten Initiative zur Möglichkeit des Versandhandels von Medikamenten eine Absage. Unsere gute Apotheken-Struktur mit erstklassigen Know-How und langjähriger Erfahrung darf nicht gefährdet werden.“

Greve: Unsere Aussage ist auch eine klare mittelstands- und arbeitsmarktpolitische Botschaft. Die Apotheken sind in der Regel kleinere, in persönlicher Verantwortung geführte Unternehmen. Es wäre eine Frage der Zeit, dass eine Reihe von Apotheken bei einem massiven Druck durch starke Anbieter aus der Versandindustrie nicht mehr mithalten könnten. Dies hätte erhebliche Arbeitsplatzverluste zur Folge. Wir lehnen eine solche Politik ab. Immer mehr Konzentration – dies zerstört den Mittelstand als zentrale Säule der Marktwirtschaft.

Im übrigen, so Greve, seien die Vorschläge auch in anderer Hinsicht nicht akzeptabel. Wenn es heiße, dass man Arzneimittelsicherheit und Verbraucherschutz sicherstellen sowie „faire Wettbewerbsbedingungen“ gewährleisten wolle, um die wohnortnahe Versorgung nicht zu gefährden, so seien dies „plakative Worthülsen“. Tatsächlich werde keines dieser Ziele gleichzeitig erreichbar sein. Im Gegenteil: Mit einer schwindenden Apothekenzahl gingen den Patienten wertvolle Zusatzleistungen verloren.